

Offenes Verfahren nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)

## **A1.3 – VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG UNTERAUFTRAGNEHMER**

# INHALT

1 /	Erklärung .....	3
1.1 /	Bieter .....	3
1.2 /	Unterauftragnehmer .....	3
1.3 /	Einsatz.....	3
1.4 /	Bestätigung .....	4
2 /	Eigenerklärungen .....	5
2.1 /	Auskünfte nach GWB .....	5
2.2 /	Verpflichtungserklärung HVTG.....	5
2.3 /	Russlandsanktionen .....	6

# 1 / ERKLÄRUNG

## 1.1 / BIETER

--

## 1.2 / UNTERAUFTRAGNEHMER

Name (Büro/ Unternehmen)	
Ansprechpartner	
Adresse (Straße/ PLZ/ Ort)	

## 1.3 / EINSATZ

Leistung/ Leistungsphase (im Auftragsfall)	Ggf. Beschreibung der (Teil-)Leistungen

**SANIERUNG STADTHAUS GRAFENSTRASSE DARMSTADT**  
**A1.3 – VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG UNTERAUFTRAGNEHMER**

**1.4 / BESTÄTIGUNG**

- ◆ Wir erklären, dass die nachfolgenden Angaben und Eigenerklärungen keine wesentlich falschen Angaben enthalten und nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurden.  
Uns ist bekannt, dass wesentlich falsch gemachte Angaben zum Ausschluss führen.
- ◆ Wir sind bereit, auf Anforderung des Auftraggebers meine/ unsere Angaben durch weitere geeignete Nachweise zu belegen.
- ◆ Wir verpflichten uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den in Kapitel 1.1 genannten Bieter, die benannte Teilleistung zu erbringen.

--	--

Ort, Datum

Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

## 2 / EIGENERKLÄRUNGEN

### 2.1 / AUSKÜNFTE NACH GWB

<input type="checkbox"/>	Der Unterauftragnehmer erklärt, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen.
<input type="checkbox"/>	Der Unterauftragnehmer erklärt, dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.

### 2.2 / VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG HVTG

**Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338**

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmen im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

**1) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,**

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.
- meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

**2) Ich/Wir erkläre/n,**

- dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

**3) Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,**

- für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

**4) Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen
  - ♦ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
  - ♦ den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
  - ♦ ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
  - ♦ nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.

## SANIERUNG STADTHAUS GRAFENSTRASSE DARMSTADT

### A1.3 – VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG UNTERAUFTRAGNEHMER

<input type="checkbox"/>	Mit der Abgabe der unterzeichneten Anlage verpflichtet sich der Unterauftragnehmer verbindlich zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338.
--------------------------	--

### 2.3 / RUSSLANDSANKTIONEN

#### Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2025/1494 des Rates vom 18. Juli 2025

- 1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
  - a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- 2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
  - a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
  - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
  - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
  - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
  - e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
  - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- 3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- 4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

<input type="checkbox"/>	Mit der Abgabe der unterzeichneten Anlage erklärt der Unterauftragnehmer verbindlich, nicht zu den in Artikel 5k Absatz 1 der vorgenannten Verordnung genannten Personen oder Unternehmen zu gehören.
--------------------------	---